



Sie handeln nach dem Scharia-Gesetz

**Der Opec Fund ist wie ein
Kleines Königreich**

**Die Lage war für mich psychisch
nicht mehr auszuhalten**

**Die Sex-Nachrichten kamen immer
wieder aus heiterem Himmel**

**Mein Chef fing an, mir seltsame
Nachrichten zu schicken**

**Es kam vor, dass Männer Frauen
im Lift begripscht haben**

**Und dann landete seine Hand
auf meinem Hintern**

**Ich habe es vermieden, mit
jemandem allein im Zimmer zu sein**

Die seltsame Welt des OPEC Fund in Wien

FPÖ-Skandal
„Intrigantenhafen und Schlangengrube“

Christian Rainer
„Die FPÖ und Putin“

Starautor Marc-Uwe Kling
„Wir pinkeln gegen einen Waldbrand“

Österreichische Post AG, WZ 192041892 W, Profil-Redaktion GmbH, Leopold-Linggar-Platz 1, 1190 Wien
Retouren an Postfach 100, 11350 Wien

€ 4,90



inhalt 1

NR. 33 • 12. AUGUST 2022 • 53. JAHRGANG



ÖSTERREICH

- FPÖ.** Eine Anzeige, eine Verzweiflungstat, ein Machtkampf – arge Turbulenzen zu Beginn des Präsidentschafts-Wahlkampfes 10
- Streiten wir!** Mit ihrer Forderung, die Website orf.at abzdrehen, löste Henrike Brandstötter eine hitzige Debatte aus 20
- faktiv Faktencheck.** Die ÖVP Salzburg erklärt den Arbeitskräftemangel – liegt allerdings nicht ganz richtig 22

WIRTSCHAFT

- gutes geld.** Ex-Kanzler Kurz beteiligt sich an Medizin-Start-up / RBI prüft Russland-Rückzug als eine von mehreren Optionen .. 24

AUSLAND

- Taiwan.** Der Konflikt zwischen den USA und China spitzt sich zu. Ist ein Krieg unausweichlich? 38

GESELLSCHAFT

- Sommerloch.** Warum das Sommerloch so wichtig ist – fürs persönliche Wohlbefinden und für die Demokratie 46
- eatdrink. schöner trinken.** Eingelegte Makrelen: ein Glas Kindheits-erinnerungen / Ein muskulöser Roter Veltliner 51

WISSENSCHAFT

- Hirnforschung.** Der Neurowissenschaftler John-Dylan Haynes erklärt, wie man Gedanken lesen kann 52

KULTUR

- Die Innsbrucker Opernproduktion „Silla“ / Pop: Dua Lipa / Mahler zeichnet Bernhard / Kino: „Märzengrund“ und „The Last Bus“ 58
- Marc-Uwe Kling.** Der Bestsellerautor über Klimakrise, Kinderbücher und sein Regiedebüt „Die Känguru-Verschörung“ 62
- Burgtheater.** Demnächst wird die Leitung des Traditionshauses neu ausgeschrieben. Endet damit die Ära Kušej? 69
- Pop.** Die junge österreichische Musikerin Sophia Blenda legt ihr Solodebüt vor 70

VERMISCHTES

- profile.** Donald Trumps Haus / Serena Williams' Karriereende / Viktor Orbán in Seenot / Gerhard Schröders falsche Freunde 8
- profil vor 25 Jahren.** Ein Kindermissbrauchs-Skandal fliegt auf 9
- Briefe an profil. Impressum. Ist das nicht wunderbar!** 72



Die Akte Opec Fund

Diskriminierung, Mobbing, sexuelle Belästigung: In der Organisation Opec Fund in Wien soll sich Verstörendes zuge-tragen haben. Sieben Ex-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erzählen. 26

MEINUNGEN

-  **Christian Rainer** 7
Die FPÖ und Putin.
-  **Franz Schellhorn** 23
Bruno Kreisky hätte seine Freude an der ÖVP.
-  **Robert Treichler** 44
Darf Donald Trump wieder antreten? Ja.
-  **Rainer Nikowitz** 74
FBI-Razzia bei Donald Trump: Ein Insider packt aus!



SHUTTERSTOCK

DAS KLEINE KÖNIGREICH AN DER RINGSTRASSE

In einer internationalen Organisation mitten in Wien soll sich Verstörendes zugetragen haben. Ehemalige Angestellte berichten von Diskriminierung, Mobbing und sexuellen Übergriffen. Die Führungsebene genießt diplomatische Immunität. Ein Blick in die seltsame Welt der Entwicklungsbank Opec Fund.

„Jede Form von Diskriminierung oder Belästigung, einschließlich sexueller oder geschlechtsspezifischer Belästigung sowie körperliche oder verbale Misshandlung am Arbeitsplatz oder im Zusammenhang mit der Arbeit sind verboten.“
 Aus dem Personalhandbuch „Staff Rules and Regulations“ des OPEC Fund For International Development (aus dem Englischen übersetzt)

RUPERT STEINER/ORBID.OTS



FEINE ADRESSE IN WIEN
 Der Sitz des Opec Fund
 liegt an der Ringstraße.

Diese Geschichte spielt hinter den verschlossenen Türen eines Wiener Ringstraßenpalais, in einer abgeschiedenen Welt, die ihre eigenen Regeln schreibt, weil sie außerhalb österreichischer Rechtsnormen besteht. Sie handelt von Diskriminierung, von Einschüchterung, von Mobbing, von sexueller Belästigung, von Scharia – und von diplomatischer Immunität. Sie handelt auch von der Ohnmacht Betroffener gegenüber dem eigenen Arbeitgeber – und der Machtlosigkeit österreichischer Ministerien und Behörden.

Palais Erzherzog Wilhelm, Parkring Nummer 8, 1010 Wien. An dieser feinen Adresse, landläufig „Palais Deutschmeister“ genannt, residiert seit Jahrzehnten eine milliardenschwere Institution: der Opec Fund For International Development, wahlweise nur Opec Fund oder Ofid.

Der Fonds wurde 1976 von Mitgliedsländern der Organisation erdölexportierender Länder – Opec – gegründet und wird von diesen auch bis heute getragen, mit der gleichfalls in Wien sitzenden Ölkartellverwaltung Opec ist er aber nicht direkt verbunden.

Der Opec Fund ist vielmehr eine eigenständige Entwicklungsbank mit zuletzt rund 200 Mitarbeite-

VON FRANZISKA TSCHINDERLE
 UND MICHAEL NIKBAKSH

„Mit dem neuen Generaldirektor wurde das Betriebsklima zunehmend toxisch.“

rinnen und Mitarbeitern, die vor allem Infrastrukturprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern fördert und finanziert. Gut ein Drittel des Personals kommt aus Österreich. Saudi-Arabien ist der mit Abstand größte Kapitalgeber.

Seit Anfang der 1980er-Jahre hat der Opec Fund hierorts den Status einer internationalen Organisation, was unter anderem bedeutet, dass das österreichische Arbeitsrecht vor den Toren des Palais am Parkring endet. Gemäß dem 1981 aufgesetzten und 1982 von Österreich ratifizierten „Headquarters Agreement“ (Außenminister war damals der parteilose Willibald Pahr) genießen die Führungsebene des Fonds und der Fonds selbst diplomatische Immunität. Und das wiederum bedeutet: Man kann sie rechtlich faktisch nicht belangen.

Der Opec Fund und seine Manager sind für die Gleichbehandlungskommission des Bundeskanzleramtes genauso wenig greifbar wie für die Arbeiterkammer, die Arbeits- und Sozialgerichte und/oder Ermittlungsbehörden.

Man könnte auch sagen: Was im Opec Fund passiert, bleibt im Opec Fund.

Sieben Betroffene, ein Schicksal

Der vorliegende Text ist das Ergebnis einer umfangreichen Recherche, die profil vor Monaten angestoßen hatte. In deren Verlauf führten wir ausführliche Gespräche mit sieben ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fonds. Sie haben unterschiedliche Nationalitäten, die meisten waren jahrelang für die Organisation tätig gewesen, ehe sie den Job verloren oder selbst kündigten.

Es sind teils verstörende Erzählungen aus einer Parallelwelt mitten in Wien. Die Betroffenen berichten von, nun ja, exotischen Arbeitsbedingungen. Frauen hätten im Opec Fund weniger zu sagen als Männer, homosexuelle Angestellte hätten Angst, sich zu outen, Nichtmuslime würden gegenüber Muslimen diskriminiert, umgekehrt würden Angehörige von Opec-Mitgliedsländern – und da vor allem Saudis – systematisch bevorzugt, ungeachtet ihrer Qualifikation.

Mangels einer den österreichischen Standards entsprechenden Personalvertretung seien gerade einfache Angestellte bei Gehaltsvorrückungen und Aufgabenverteilungen der Willkür ihrer Vorgesetzten ausgesetzt, unliebsame Mitarbeiter würden von heute auf morgen ihrer Aufgaben entbunden und von der internen Kommunikation abgeschnitten. Und wehe denen, die es wagten, Kritik an der Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien zu üben. Das sei ein „Kündigungsgrund“, heißt es.

Viele berichten von gesundheitlichen Problemen. Einige medizinische Atteste dokumentieren die Folgen: Burn-out, Depression, Arbeitsunfähigkeit.

Küssen, Grapschen, Sex-Nachrichten

Vier frühere Mitarbeiterinnen berichten von sexueller Belästigung in unterschiedlicher Schwere und Form: anzügliche Bemerkungen, Einladungen ins Private, versuchte Küsse, Grapschen im Lift und an Schreibtischen, abendliche Chatnachrichten mit expliziten Texten und pornografischen Bildern.

Wiewohl einige der Interviewten durchaus bereit gewesen wären, ihre Geschichte mit vollem Namen zu erzählen, haben wir uns entschlossen, die (in der Folge kursiven) Schilderungen zur Gänze zu anonymisieren, um die Betroffenen keiner wie immer gear teten Verfolgung auszusetzen.

Soweit ich weiß, war Saudi-Arabien immer schon der größte Zahler im Opec Fund, weit vor anderen Ländern wie Iran, Kuwait oder Venezuela. Daher besetzen Leute aus Saudi-Arabien hier auch die wichtigsten Senior-Positionen. Wenn du aus einem Land kommst, das nicht Opec-Mitglied ist, dann kannst du zum Beispiel unmöglich Head of Department werden, das sind die Abteilungschefs. Egal wie qualifiziert du bist. Die wichtigen Jobs sind für Leute aus den Mitgliedsländern reserviert und die besten Jobs für den größten Zahler. In den vergangenen Jahren haben die Saudis auch immer mehr Einfluss in Wien bekommen, die Zahl der saudischen Manager hat sich locker verdoppelt. Es fand eine Saudifizierung statt.

Der Opec Fund ist ein Multi-Milliarden-Geschäft. Nach eigener Darstellung hat die Organisation seit ihrer Gründung rund 4000 Projekte in 125 Ländern mit insgesamt rund 22 Milliarden US-Dollar kreditfinanziert, teils auch subventioniert – dadurch sind laut Opec Fund Investitionen in einer Höhe von insgesamt fast 190 Milliarden US-Dollar angestoßen worden.

Petro-Dollars gegen die Armut

Auf der Empfängerseite standen und stehen vorwiegend Staaten in Afrika, Asien und Südamerika, zu einem kleineren Teil vergibt der Fonds Projektkredite und -zuschüsse an den Privatsektor, darüber hinaus werden auch Handelsfinanzierungen abgewickelt.

Ernährung, Energie, Wasser, Straßen, Telekommunikation, Gesundheit, Bildung: Der Fokus ist breit, das Leitmotiv edel: „Uniting against poverty“, vereint gegen die Armut. Ein gut gemeintes Ziel mit Aussicht

auf Umwegrentabilität: Entwickelte, wohlhabende Gesellschaften verbrauchen wenig überraschend mehr Öl, und das ist ja schließlich das Hauptgeschäft der Opec.

Das 1960 gegründete Öl-Kartell hält derzeit bei 13 Mitgliedsländern, der 1976 geschaffene Opec Fund bei zwölf: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Iran, Irak, Libyen, Venezuela, Ecuador, Algerien, Nigeria, Gabun und Indonesien, wobei Indonesien als einziges kein Opec-Mitglied ist.

Kapitalzuschüsse an den Fonds (der keinerlei Dividenden ausschüttet) erfolgen grundsätzlich freiwillig. Seit der Gründung haben die Mitgliedstaaten nach und nach insgesamt mehr als drei Milliarden US-Dollar Kapital abgestellt, ein Drittel davon kam aus Saudi-Arabien. Der wahhabitische Wüstenstaat, in welchem Versammlungs-, Meinungs- und Redefreiheit nichts gelten, kann damit auch den größten Einfluss in Wien geltend machen.

Konsequenterweise ist die Leitung des Fonds seit Jahren fest in saudischer Hand. Auf den Nigerianer Y. Seyyid Abdulai folgte Ende 2003 der Saudi Suleiman Jasir Al-Herbish, im November 2018 übernahm sein Landsmann Abdulhamid Alkhalifa die Funktion des „Director General“, kurz DG.

Als ich beim Opec Fund angefangen habe, war Al-Herbish DG. Er war umgänglich, mit Religion hatte er nichts am Hut. Auch Alkohol bei Events war kein Problem. Wir hatten Weihnachtsfeiern, wo auch die muslimischen Kollegen teilnahmen, da ging es total liberal zu. Zum Fastenbrechen nach dem Ramadan kamen wiederum die Österreicher. Mit dem Nachfolger war das vorbei, Alkhalifa gilt als strikter Muslim. Wir haben den gesamten Alkohol im Haus entfernt, da wurde viel weggeschüttet.



WIE ALLES BEGANN
Bundeskanzler Bruno
Kreisky (SPÖ) mit König
Fahd von Saudi-Arabien
im Mai 1981

Das Geschlechterverhältnis beim Opec Fund und seinen rund 200 Leuten ist nach profil-Recherchen ziemlich ausgeglichen, wobei der Frauenanteil kleiner wird, je weiter man nach oben kommt – das ist für sich genommen noch kein Alleinstellungsmerkmal. Und doch:

Für die Saudis zählt die Aussage einer Frau nur halb so viel wie die eines Mannes, wenn überhaupt. Sie handeln nach dem Scharia-Gesetz, und das bedeutet offenbar, dass man mit Ungläubigen so ziemlich alles machen kann, was man will.

Beten statt Pilates

In den teils mehrstündigen Gesprächen mit den ehemaligen Ofid-Angestellten fiel immer wieder einmal auch der Begriff „Islamisierung“.

Es gab bei uns immer schon einen Gebetsraum für Muslime. Für Christen und andere Religionen gibt es so etwas nicht, auch nicht für Frauen. Die Muslimas müssen in ihrem Büro beten, wenn sie eines haben. Der Gebetsraum war eine kleine Kammer, die auch nicht wirklich viel genutzt wurde. Der alte Director General hat von Religion nicht viel gehalten, dem war das Beten wurscht. Der Nachfolger gilt als sehr religiös, was dazu geführt hat, dass jetzt auch die Muslime beten, die das früher nicht gemacht haben. Es tragen jetzt auch mehr Frauen Kopftuch als früher. Der neue DG sieht es gern, wenn man gläubig ist und viel betet. Der Andrang auf den Gebetsraum war irgendwann so groß, dass die Kammer zu klein geworden ist. Im Erdgeschoß des Palais Deutschmeister gibt es eine große Halle, die für repräsentative Zwecke genutzt wur-

de. Da haben wir einmal die Woche in der Mittagspause Pilates und Yoga gemacht. Als wir nach Corona zurückkamen, waren da überall Teppiche und der Raum für jede andere Nutzung gesperrt. Jetzt ist die Halle der Gebetsraum, und beim Freitagsgebet ist es voll.

Das nach den Plänen des Ringstraßen-Architekten Theophil Hansen Mitte des 19. Jahrhunderts errichtete Palais Deutschmeister hat eine wechselvolle Vergangenheit. Der unverheiratete Bauherr Erzherzog Wilhelm verkaufte das Objekt 1870 an den „Deutschen Orden“, eine römisch-katholische Glaubensgemeinschaft, deren „Hochmeister“ er war. Zwischen 1938 und 1945 diente es der Wiener Waffen-SS unter Ernst Kaltenbrunner als Zentrale, ehe es der Republik Österreich zufiel. Zwischen 1945 und 1975 hatte ebenda die Bundespolizeidirektion Wien ihren Sitz, dann stand das heruntergekommene Gebäude jahrelang leer.

1981 schließlich kaufte der Opec Fund das Palais Deutschmeister, sanierte, adaptierte und setzte ein Stockwerk auf. Vor zwei Jahren wurde noch einmal expandiert: Nach einem Bericht des Wirtschafts magazins „Gewinn“ kaufte der Fonds 2020 ein zweites Ringstraßenhaus (aus Privatbesitz) dazu: das angrenzende Palais Colloredo-Mansfeld, Parkring Nr. 6. Kaufpreis: 59 Millionen Euro.

Sie haben das Palais Deutschmeister gekauft, und der österreichische Staat war dankbar dafür, weil ihm damals das Geld für die Restaurierung und die Erhaltung fehlte. Österreich fühlt sich der Opec und den Saudis schon lange verpflichtet, umgekehrt ist das nicht so.

Österreich und die Saudis: Es ist kompliziert

Österreich und die Opec im Allgemeinen, Saudi-Arabien im Besonderen: Das ist eine verzwickte Geschichte.

1965 war es dem damaligen SPÖ-Außenminister Bruno Kreisky dank diplomatischer Beziehungen zu den Regenten der Arabischen Halbinsel gelungen, die Opec-Zentrale von Genf nach Wien zu holen, Anfang der 1980er-Jahre kam der Fonds hinzu. Wenig später beteiligten sich die Araber auch am Bau des Wiener Konferenzzentrums, bis heute steht die „Konferenzzentrum Wien AG“ zu 50 Prozent im Eigentum von Saudi-Arabien, Kuwait und Abu Dhabi.

Grundrechte – es gibt eigentlich keinen Politiker in Österreich, der sich nicht offensiv dazu bekennen würde. Dass Saudi-Arabien keine Grundrechte kennt, scheint umgekehrt nicht alle zu stören.

„Heute ist die Halle, in der wir früher Yoga gemacht haben, ein Gebetsraum.“

Erst Mitte März dieses Jahres besuchte die damalige ÖVP-Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck das saudische Königshaus, als Entourage hatte sie 50 österreichische Firmenvertreter nach Riad mitgebracht. Tags zuvor waren in Saudi-Arabien 81 Menschen wegen Terrorismusverdachts hingerichtet worden.

So gesehen war es auch keine große Sache, dass mit Claudia Bandion-Ortner einst eine ehemalige (von der ÖVP nominierte) Justizministerin die Funktion einer Vize-Generalsekretärin des maßgeblich von Saudi-Arabien finanzierten „König Abdullah Bin Abdulaziz Internationalen Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog“, kurz KAICIID, übernahm. Und es gehörte sich wohl einfach auch, dass ÖVP-Außenminister Michael Spindelegger im November 2012 den damaligen KAICIID-Sitz – Palais Sturany an der Wiener Ringstraße – einweihte (natürlich nicht allein, es war viel Prominenz da).

Im Oktober 2014 gab Bandion-Ortner profil ein folgenreiches Interview, in welchem sie unter anderem versicherte, in Riad werde „nicht jeden Freitag“ geköpft. Sie musste zurücktreten. Als der damalige SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) 2015 die Schließung des KAICIID forderte, reagierten die Saudis empört – und drohten prompt mit der Übersiedlung von Opec und Opec Fund nach Genf.

Das Abdullah-Zentrum zog schlussendlich in Richtung Lissabon ab, die Opec und der Fonds blieben – und es gibt etliche Fotos aus einst und jetzt, die Besuche ranghoher österreichischer Politiker fast aller Couleurs im Palais Deutschmeister dokumentieren.

Da geht es nicht um Prestige allein. Nach Auskunft des Außenministeriums ist Österreich der Sitzstaat von 52 Internationalen Organisationen. Der Sektor sichert jährlich insgesamt knapp 19.000 Arbeitsplätze (davon arbeiten rund 6600 Personen für die Organisationen selbst) und generiert eine jährliche Bruttowertschöpfung von 1,35 Milliarden Euro.

„Ein bleibendes Dankeschön“

2008 weihte der damalige Wiener SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl einen islamischen Friedhof in Liesing ein, mitfinanziert aus Spenden des Opec Fund; 2012 stellte dessen damaliger Generaldirektor Al-Herbish mit Wiens einstigem Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (SPÖ) ein zweisprachiges Buch über das Palais Deutschmeister vor. Bei der Veranstaltung traten die Wiener Sängerknaben auf; 2015 bekam Al-Herbish von SPÖ-Vizebürgermeisterin Renate Brauner das „Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“ überreicht, der bekannte Professor für Zeitgeschichte der Universität Wien, Oliver

Rathkolb, würdigte in seiner Laudatio die Arbeit des Fonds, der weltweit Armut lindert. Al-Herbish schloss seine Rede mit den Worten: „Ich bin ein Wiener.“ Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Fonds 2016 weihten Al-Herbish und SPÖ-Stadtrat Mailath-Pokorny vor der Wiener UNO-City ein von einem irakischen Künstler gestaltetes Ofid-Monument ein, als „bleibendes Dankeschön an die Stadt Wien“, wie es damals hieß.

Im Oktober 2019 unterzeichneten der amtierende ÖVP-Außenminister Alexander Schallenberg und der nunmehrige Ofid-Generaldirektor Abdulhamid Alkhalifa Änderungen und Ergänzungen zum Amstisatzabkommen aus 1981/1982. Schallenberg bezeichnete die Organisation bei der Gelegenheit als eine „Bereicherung für die Stadt Wien“.

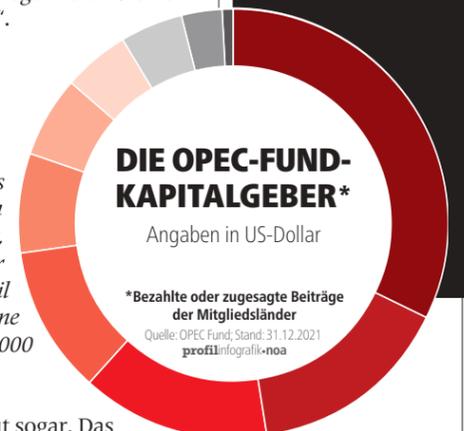
„Wo kriegt eine Sekretärin ohne Uni-Abschluss 5000 Euro?“

Der Opec Fund ist wie ein kleines Königreich, in dem sie sich austoben können. Wenn du dort arbeitest, spielst du nach ihren Regeln oder gar nicht. Die Leute bleiben nur, weil sie viel Geld verdienen. Wo kriegt eine Sekretärin ohne Uni-Abschluss 5000 Euro?

Der Opec Fund zahlt gut, sehr gut sogar. Das hat auch damit zu tun, dass brutto faktisch netto ist, weil die Mitarbeiter von der Last der hiesigen Lohnsteuer befreit sind, auch die österreichischen. Vom Bruttolohn gehen im Wesentlichen nur Sozialversicherungsbeiträge ab. Zu den zwölf Grundgehältern kommen unter anderem ein jährlicher Wohnzuschuss (zwei Monatsgehälter, anstelle des 13./14. Gehalts), ein Zuschuss für jedes Kind (175 Euro monatlich) und eine „Spouse allowance“ hinzu, eine Art Ehe-Bonus, der tatsächlich nur Verheirateten zusteht – immerhin 350 Euro im Monat.

Alles in allem muss man beim Opec Fund kein leiter Angestellter sein, um monatlich mit 5000 Euro netto und mehr nach Hause zu gehen. Dafür verlangt der Arbeitgeber nach einhelliger Aussage aller Gesprächspartner allerdings viel.

Ich habe arabische Wurzeln, bin aber ohne Religion aufgewachsen. Ich habe jahrelang für den Opec Fund gearbeitet, 2019 hat sich der Wind im Haus zu drehen begonnen. Mir wurde plötzlich öfter gesagt: „Warum betest du nicht? Schämst du dich nicht, dass du im Ramadan isst und Wasser trinkst?“ Mein letzter Vorgesetzter



- 1,1 Mrd. Saudi-Arabien
- 529,4 Mio. Iran
- 481,8 Mio. Venezuela
- 380,2 Mio. Kuwait
- 249,8 Mio. Nigeria
- 211,0 Mio. Libyen
- 174,2 Mio. UAE
- 154,8 Mio. Irak
- 105,6 Mio. Algerien
- 24,1 Mio. andere



GESCHENK AN GASTGEBER
Opec-Fund-Chef Al-Herbish mit Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl und Vase (2006)



DENKMAL ALS DANKESCHÖN
Al-Herbish und Wiens SPÖ-Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny und Denkmal (2016)

war ein Saudi, er war 2020 gekommen. Kurz nach unserem ersten Treffen hat er mir mitgeteilt, dass ich ab sofort seine persönliche Assistentin sei und mich auch um persönliche Belange kümmern müsse, zum Beispiel um Paketlieferungen. Ich habe mich geweigert. So sah das mein Dienstvertrag nicht vor. Meine vertraglichen Aufgaben wurden dann graduell an andere Mitarbeiter verteilt. Ich habe ihn um eine Versetzung gebeten, was er kategorisch ablehnte. Wenn er etwas wollte, brüllte er meinen Namen von einem Zimmer zum anderen, meine Tür musste immer offenstehen. Er machte auch unprofessionelle Bemerkungen, zum Beispiel, dass ich eine „schöne, erwachsene Frau“ sei, und er fragte, ob ich einen Partner hätte. Ich sollte mich immer wieder zu seinem PC runterbeugen. Eines Tages – es war mitten in der Pandemie – waren nur wenige im Büro. Da landete seine Hand auf meinem Hintern. Ich hatte das Gefühl, nicht mehr atmen zu können. Ich habe meinen Mund gehalten. Ich bin Anfang 50 und alleinerziehende Mutter. Bis heute schäme ich mich aber, dass ich nicht reagiert habe. Er hat weder darüber geredet, noch sich dafür entschuldigt. Fortan war er distanziert und hat nur noch E-Mails geschickt. Nach dem Vorfall in seinem Büro entzog er mir alle meine mir noch verbliebenen Aufgabenbereiche. Die Lage war für mich psychisch nicht mehr auszuhalten. Ich war dann im Krankenstand. Im November 2021 wurde ich gekündigt.

Eine kleine graue Ringmappe

Das Handbuch „Staff Rules and Regulations“ des Opec-Fonds ist eine kleine graue Ringmappe im Format DIN-A5, die auf rund 170 Seiten eine Art Betriebsanleitung der Organisation liefert. Sie erklärt Rechte und Pflichten der Belegschaft, regelt Arbeitszeiten, Gehälter, Spesen, Urlaube, Karenzen, Krankenstände,

Kündigungen, Abfertigungen und Pensionen (für internationale Angestellte wurde ein Pensionsfonds geschaffen, Österreicher haben daraus keine Ansprüche) und was es sonst noch so braucht, um sich im Haus zurechtzufinden.

Mediation, Konfliktlösung und Whistleblower-Schutz nehmen in dem Handbuch breiten Raum ein; für Diskriminierung, Belästigung und Machtmissbrauch ist jedenfalls laut dem eingangs zitierten Artikel kein Platz: „Jede Form von Diskriminierung oder Belästigung, einschließlich sexueller oder geschlechtsspezifischer Belästigung sowie körperliche oder verbale Misshandlung am Arbeitsplatz oder im Zusammenhang mit der Arbeit sind verboten.“

Der Opec Fund hat zwar eine siebenköpfige Personalvertretung, das sogenannte Staff Appeals Committee, doch die Geschäftsleitung sitzt da quasi mit am Tisch. Vier Mitglieder werden von der Belegschaft gewählt, die anderen drei bestimmt der Director General selbst. In der Praxis ist das Committee nach Aussage aller Betroffenen „keine Hilfe“.

„Er hat nur gelacht“

Eine Mittdreißigerin, die nicht ganz zehn Jahre für den Fonds gearbeitet hat, erzählt:

In der Finanzabteilung des Opec Fund gab es jemanden, der mir über ein Jahr lang Pornografie und sexuell explizite Texte auf WhatsApp geschickt hat. Zum Beispiel das Foto von einer Frau, die einem Man einen Blowjob gibt oder sie beim Sex zeigt. Solche Inhalte, auch pornografische Texte, kamen immer wieder, aus heiterem Himmel, häufig am Wochenende oder wenn ich mit meinen kleinen Kindern im Urlaub war. Ich ging in die HR (Anm.: Human Resources, die Personalabteilung) und habe ihnen alles erzählt. Eine Kollegin dort meinte: „Du kannst nichts tun.“ Sie riet mir, es nicht an die große Glocke zu hängen. Am Ende bin ich selbst in sein Büro gegangen und habe gesagt: „Hören Sie auf damit, oder ich gehe zur Polizei und erstatte Anzeige.“ Er hat nur gelacht und geantwortet, dass das ja alles nicht ernst sei.

Eine frühere Praktikantin – sie stammt aus dem Nahen Osten, ihre Zeit im Opec Fund liegt Jahre zurück – machte ähnliche Erfahrungen. Sie benennt einen früheren Top-Manager, auch er ein Saudi, der ihr wiederholt Avancen gemacht haben soll. Sie war damals Anfang 20, er längst nicht mehr.

„Sing mir ein Lied!“

Als ich ihn kennenlernte, stand er kurz vor seinem Ruhestand. Ich fragte ihn um ein Empfehlungsschrei-

„Es kam vor, dass Frauen im Lift begripscht wurden.“

ben an und ging in sein Büro. Er gab mir seine private E-Mail-Adresse und Telefonnummer. Er fing an, mir seltsame SMS-Nachrichten zu schicken. „Kannst du kochen? Komm zu mir nach Hause und koche für mich! Und sing mir ein Lied!“

Der Mann trat 2018 in den Ruhestand, nach Darstellung der Betroffenen nutzte er seine Machtposition aber weiter aus.

Es war der Sommer 2019, er war bereits in Pension, ich wartete immer noch auf mein Empfehlungsschreiben und erinnerte ihn daran. Ich war auf Jobsuche und erhoffte mir mit dem Zeugnis bessere Chancen. Er schlug vor, dass ich in seine Wohnung komme, um das Schreiben abzuholen. Ich wollte das nicht und schlug ein Café im 1. Bezirk vor. Während des Treffens im Café sagte er wieder seltsame Dinge zu mir. „Kannst du kochen?“

Komm nur zu mir nach Hause. Auch andere Frauen, die für die Opec gearbeitet haben, kamen zu mir nach Hause. Sie haben für mich gekocht! Sie haben für mich gesungen!“ Er hat mich auch gefragt, wer mein WhatsApp-Profilbild gemacht hat. Als ich „mein Freund“ sagte, wurde er ungehalten. Er fragte: „Magst du deinen Freund?“ Als ich ihn erneut nach dem Empfehlungsschreiben fragte, meinte er, ich sollte heute Abend zu ihm in die Wohnung kommen.

Auch zu Bürozeiten, so erzählt es eine andere Frau, hätten Frauen verstörende Erfahrungen gemacht.

Es kam vor, dass Männer Frauen im Lift bedrängt und begripscht haben oder versuchten, sie zu küssen. Auch mir ist das passiert. Als Frau habe ich schon früh gelernt, dass ich mich in der Firma selbst schützen muss. Ich habe es vermieden, mit jemandem allein im Zimmer zu sein. Das



„NICHT JEDEN FREITAG“ Claudia Bandion-Ortner stolperte als KAIICID-Vizegeneralsekretärin über ein profil-Interview.



IN DER HOFBURG Der Opec-Fund-Generaldirektor Abdulhamid Alkhalifa mit einer Delegation bei Bundespräsident Van der Bellen.

Ein besonderes Erlebnis

Jeder Donnerstag steht im Zeichen der besten Spirituosen und das unter Sternenhimmel, auf der Terrasse der freizeit.lounge im barocken Park des Palais Auersperg. Für rund 20 Gäste pro Abend hat freizeit-Chefredakteurin Marlene Auer Spitzen-Barkeeper mit spannenden Kreationen ausgesucht.

Jetzt Ticket sichern unter:
freizeit.at/tasting



freizeit.inpark

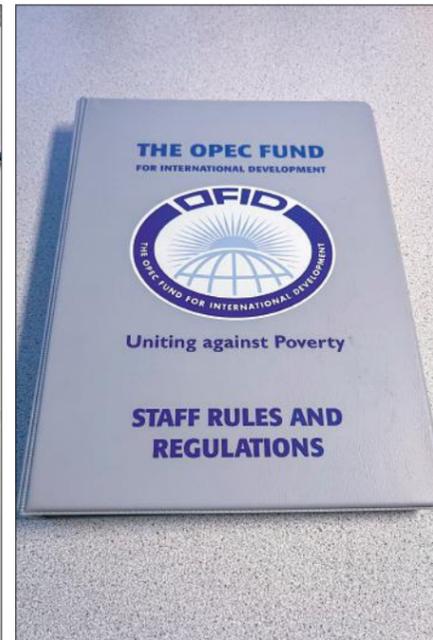
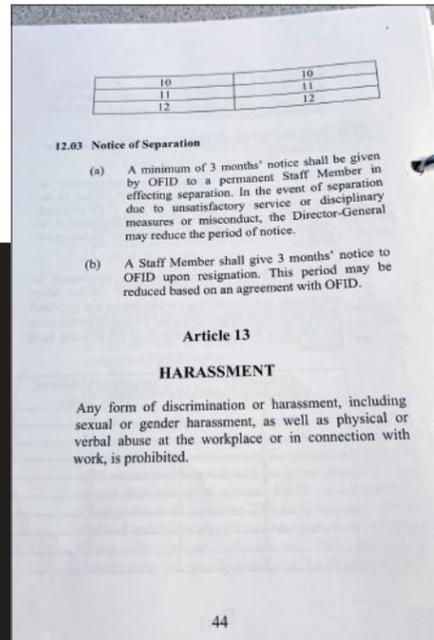
Do., 18. August, 19 Uhr
Wermut

mit Bert Jachmann
vom Liquid Market Bar

freizeit.tasting



FREILUFT
freizeit.at/inpark



DIE RINGMAPPE
Ein kleines Handbuch sichert den Arbeitnehmern weitgehende Rechte zu – zumindest auf dem Papier.

digt.“ Dann hat er eine Beratungsfirma engagiert und die Gehälter analysieren lassen. 2019/2020 sind dann die ersten Leute gekündigt worden, vorwiegend österreichische Kolleginnen. Irgendwann hat es dann auch mich getroffen. Mein Chef sagte mir, es gibt Umstrukturierungen, und ich soll mir einen neuen Job im Haus suchen. Ich bin Mitte 50 und habe 20 Jahre für den Opec Fund gearbeitet. Plötzlich musste ich mich wie eine Newcomerin intern neu bewerben und wurde überall abgelehnt, auch für Stellen, auf denen ich sofort einsetzbar gewesen wäre.

Im September 2021 kam zuerst die mündliche Kündigung, im November bekam ich dann ein schriftliches Memo, das nicht einmal vom Generaldirektor unterschrieben war. Ich habe mich nach der Kündigung beim Staff Appeals Committee beschwert, wurde aber abgelehnt. Auch dem Generaldirektor und dem Chief of Staff habe ich zwei Mails geschrieben, aber nie eine Antwort bekommen. Ich wurde gekündigt, obwohl es intern freie Stellen gab und die Firma keine wirtschaftlichen Probleme hatte. Ganz im Gegenteil: Noch während ich angestellt war, wurden neue Mitarbeiter rekrutiert. Es ist nicht möglich, das alles anzufechten, nirgendwo, weder intern noch in Österreich bei einem Gericht. Ich bin hilflos, und das macht mich krank.

Eine ganz ähnliche Geschichte erzählt eine Mittvierzigerin, die über zehn Jahre im Opec Fund tätig war, ehe sie gekündigt wurde.

Die Leute, die gekündigt werden sollten, wurden systematisch gemobbt. Ihnen wurde Arbeit vorenthalten oder Arbeit falsch ausgelegt. Sie wurden aus Meetings ausgeschlossen und mussten beispielsweise Telefondienst übernehmen, Botengänge erledigen oder sonstige Arbeiten, die nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehörten. Neue Mitarbeiter wurden auch angewiesen, nicht mit ihnen zu arbeiten. Die Kündigungswelle 2020 begann mit der Kündigung von fünf Leuten, vier davon aus der Kommunikationsabteilung. Sie wurden am 8. Juli zu einem Gespräch beim Personalchef gebeten. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass aufgrund der Umstrukturierungen ihre Stellen gestrichen wurden und sie leider in keiner anderen Abteilung einzusetzen wären. Sie mussten auch nichts unterschreiben. Sieben Tage später waren alle draußen – und unversichert.

„Niemand hat sich verantwortlich gefühlt“

Einer internationalen Organisation wie dem Opec Fund auf dem Rechtsweg zu begegnen, ist praktisch unmöglich. Einer, der es dennoch versucht hat, ist der Wiener Rechtsanwalt Gerald Haas.

Haas vertritt eine Mandantin mit palästinensischem Hintergrund, die 18 Jahre lang für die Opec gearbeitet hat, also die gleichfalls in Wien sitzende Schwesterorganisation des Fonds. Die Geschichte der Frau spielt zwar in einem anderen Haus, fügt sich aber nahtlos in die bisherigen Erzählungen: Mobbing,

„Wenn sich Opec oder Opec Fund auf ihre Immunität berufen, ist das Verfahren zu beenden.“

Gerald Haas, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Arbeitsrecht

Demütigungen, der Entzug von Kompetenzen, Arbeitsplatzverlust.

Einer ihrer Vorgesetzten habe sie im Büro als „bitch“ bezeichnet, erzählt sie. Auf einer Geschäftsreise mit israelischen Politikern habe ihr ein Kollege geraten, die palästinensische Herkunft zu verschweigen, weil sie sonst womöglich „getötet“ würde. Nach ihrer Kündigung wurden bei ihr Burn-out und Depression diagnostiziert.

Was kann man da rechtlich machen? „So gut wie nichts“, sagt Anwalt Haas, „denn wenn sich die Opec nicht auf den Streit einlässt und sich auf ihre Immunität beruft, ist das Verfahren zu beenden.“

Am 8. Juni des Vorjahres reichte Haas namens seiner Mandantin eine Beschwerde bei der Gleichbehandlungskommission im Bundeskanzleramt ein. Dort können sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinwenden, die wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, der Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Orientierung am Arbeitsplatz diskriminiert werden.

Im Fall der ehemaligen Opec-Mitarbeiterin ließ sich die Gleichbehandlungskommission mit der Antwort acht Monate Zeit. Sie bestand aus einer einzigen, knappen Feststellung: Der Antrag wird nicht weiter behandelt, da die Opec nicht auf ihre Immunität verzichtet.

Genau das, sagt Haas, sei das Problem: „Ein Verfahren, in dem die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorschriften überprüft wird, kann nur stattfinden, wenn es die Opec will. Diese sagte in den mir bekannten Fällen immer Nein.“

Das Bundeskanzleramt argumentiert ähnlich: Werde ein Antrag bei der Gleichbehandlungskommission eingebracht, komme es in letzter Konsequenz darauf an, ob die internationale Organisation und die jeweiligen Bediensteten auf ihre Immunität verzichten. „Sollte ein solcher Verzicht eintreten, kann auch ein entsprechendes Verfahren vor der GBK und vor Gericht durchgeführt werden.“

Hat also alles keinen Sinn? Sind sowohl Opec als auch der Fonds unantastbar? „Nein“, meint Haas und verweist auf die internationalen Amtssitzabkommen, die Österreich mit Opec und Opec Fund geschlossen hat. Diese verpflichten die Führungsebene der Organisationen einerseits dazu, vom Gastland gewährte Privilegien und die diplomatische Immunität nicht zu missbrauchen; andererseits sichern sie der Bundesregierung gewisse Auskunftsrechte zu. Sollten Österreich Vorwürfe in Zusammenhang mit Missbrauch der gewährten Privilegien und Immunitäten bekannt werden, müsste der jeweilige Generaldirektor sich gegenüber dem Außenminister erklären. Sollte der Austausch auf dieser diplomatischen

Ebene zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, sieht das Abkommen die Entscheidung durch ein Schiedsgericht vor (das allerdings noch nie gebraucht wurde).

Was weiß das Ressort Schallenberg über die Vorgänge beim Opec Fund? Arbeitsrechtliche Fragen seien grundsätzlich eine „interne Angelegenheit der Organisation“, heißt es auf profil-Anfrage aus dem Außenministerium.

Laut einer Sprecherin erfuhr das Ministerium im September 2021 via „Kronen Zeitung“ von Vorwürfen des Mobbing und der sexuellen Belästigung: „Österreich nimmt derartige Vorwürfe als Gastland internationaler Organisationen sehr ernst. Ende September 2021 fand ein (virtuelles) Treffen mit Ofid statt, in dem Ofid aufgefordert wurde, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen und sicherzustellen, dass es in Zukunft zu keinen derartigen Übergriffen kommt. Ofid erläuterte die Untersuchung der Vorwürfe, die internen Beschwerde-mechanismen und bekräftigte die ‚Null-Toleranz-Politik‘ von Ofid betreffend Akte körperlicher, verbaler oder sexueller Belästigung. Seit September 2021 sind keine neuerlichen Vorwürfe bekannt.“

„Ich war plötzlich ein Geist“

Mobbing – dieser Begriff war in den Gesprächen mehrfach zu hören. Ein erfahrener Buchhalter, der seit Jahren an Parkinson leidet, erzählt, dass er von seinem Vorgesetzten zunehmend unbewältigbare Aufgaben übernehmen habe müssen, zugleich sei seine Arbeit konsequent kleingeredet worden, ehe schließlich auch er den Job unter merkwürdigen Umständen verlor.

Meine Karriere war ein großer Erfolg. Meine Arbeit wurde immer anerkannt. Ich habe ein Parkinson-Syndrom und war in der Arbeit immer offen, dass ich das habe. 2016 habe ich angefangen, Medikamente zu nehmen. Am Ende jedes Jahres werden die Leistungen der Mitarbeiter bewertet, das ist wichtig für Gehaltseinstufungen, es kann aber auch die Kündigung bedeuten, wenn das Zeugnis schlecht ist (Anm.: Der Bewertungsprozess namens „performance appraisal“ basiert auf einem mehrstufigen System, das von „outstanding“ als Bestnote hin zu „unsatisfied“ reicht).



ANWALT VS. OPEC
Auch die diplomatische Immunität hat Grenzen, sagt Rechtsanwalt Gerald Haas.

Bis 2016 wurde meine Arbeit immer als „very good“ bezeichnet, danach nicht mehr. Mir wurden auch immer mehr Kompetenzen und Aufgaben entzogen. In der Pandemie war ich im Homeoffice, als ich sich mein Arm plötzlich wie gelähmt anfühlte. Es dauerte zwei Stunden, bis ich ein E-Mail schreiben konnte. Ich dachte mir: Das ist jetzt wohl ein Burn-out. Ich sagte, dass ich zwei Tage in den Krankenstand gehe. Ich ging dann zu einem Neurologen. Er empfahl mir sechs bis acht Monate Krankenstand. Dann, Ende August, funktionierten plötzlich weder meine E-Mails noch mein System, ich hatte einen kompletten Shutdown. Meine Chipkarte funktionierte auch nicht mehr, der Portier musste mich rein- und rauslassen. Auch mein Büro wurde an jemand anderen weitergegeben. Ich war plötzlich ein Geist.

Gutes Rating, bessere Konditionen

Schlechte Presse, wer braucht das schon. Im Falle des Opec Fund kommt hinzu, dass die Organisation gerade dabei ist, sich für den Kapitalmarkt zu öffnen. Um dem starken Wachstum Rechnung zu tragen, hatten sich die Mitgliedsländer 2019 darauf verständigt, dass der Fonds hinkünftig Schulden machen darf, im Frühjahr dieses Jahres wurde ein entsprechendes Schuldverschreibungs-Programm („Global Medium Term Note Programme“) öffentlich vorgestellt.

Um sich international möglichst günstig zu verschulden, braucht man ein möglichst gutes Rating. Und Rating-Agenturen – im Falle des Opec Fund sind es Fitch und S&P – bewerten nicht nur Zahlen, sie schauen auch auf das Management, und sie interessieren sich für die Unternehmenskultur – Stichwort Governance, Stichwort Compliance.

Am 12. September des Vorjahres veröffentlichte

die „Kronen Zeitung“ erstmals einen kurzen Artikel, der sich kritisch mit Vorgängen beim Opec Fund auseinandersetzte: Mobbing von Nichtmuslimen und sexuelle Übergriffe auf Frauen stünden auf der Tagesordnung, schrieb die Zeitung unter Berufung auf eine anonymisierte Mitarbeiterin. All das geschehe unter dem Schutz der diplomatischen Immunität der „saudi-arabischen Bosse“.

Das Memo des Director General

Das wollte Abdulhamid Khalifa nicht so stehen lassen, zumindest nicht gegenüber den eigenen Leuten. Am Tag nach Erscheinen des Berichts verschickte der Generaldirektor um 15.00 Uhr via E-Mail ein Memo an die Belegschaft in englischer Sprache, das profil vorliegt.

Er bezog sich auf den „diffamierenden Artikel einer lokalen Zeitung“ und betonte, dass der Opec Fund weder Diskriminierung noch Belästigung, gleich welcher Art, akzeptiere: „Wir nehmen derartige Vorwürfe sehr ernst und sind bestrebt, sie fair, unparteiisch und vertraulich zu behandeln und dabei allen Beteiligten gegenüber sensibel vorzugehen. Es ist wichtig, dass die Mitarbeiter weiterhin alle tatsächlichen Vorfälle von Diskriminierung, Belästigung oder Fehlverhalten über die bestehenden internen Kanäle melden. Jedes begründete Fehlverhalten wird angemessene disziplinarische Maßnahmen nach sich ziehen. Bedienstete, die solche Meldungen in gutem Glauben machen, müssen mit keinerlei Repressalien rechnen.“

Dies geschrieben, dekretierte der Generaldirektor abschließend eine Art Maulkorberlass: „Auch wenn Sie es noch so gut meinen, sehen Sie bitte davon ab, mit Medien, sozialen Medien oder anderen externen Parteien in Kontakt zu treten, wenn Sie nicht ausdrücklich dazu ermächtigt wurden. Hierfür ist die Kommunikationsabteilung zuständig.“

„Undenkbar, dass sich jemand als schwul outet“

Grundrechte und da vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung: Auch darauf kamen mehrere Interviewte zu sprechen.

Die Leute haben Angst, etwas Falsches zu sagen. Niemand würde sich trauen, sich kritisch über die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien zu äußern. Das ist ein Kündigungsgrund.

... Man war zur Loyalität verpflichtet, die Meinungsfreiheit wurde extrem eingeschränkt. Die Kommunikationsab-

„Sehen Sie bitte davon ab, mit Medien in Kontakt zu treten.“

Aus einem internen Memo von Opec-Fund-Chef Abdulhamid Alkhalifa 2021

teilung hat auch sehr genau darauf geschaut, was wir in sozialen Netzwerken teilen und liken. Wenn denen etwas nicht gefallen hat, bekamst du einen Anruf und wurdest aufgefordert dein ‚Gefällt mir‘ wieder zu löschen.

... Im Opec Fund gelten nicht österreichische, sondern islamische Gesetze. Undenkbar, dass sich jemand als schwul oder lesbisch geoutet hätte. Die wenigen, von denen ich wusste, haben das geheim gehalten.

Das sagt der Opec Fund

profil hat dem Opec Fund eine umfangreiche Anfrage übermittelt, in welcher wir um Stellungnahme zu den skizzierten Vorwürfen und Vorgängen ersuchten. Der Fonds wollte sich dazu nicht detailliert äußern. Man bespreche Personalangelegenheiten grundsätzlich nicht mit Externen und könne sich auch nicht zu anonymen Beschwerden äußern, heißt es in der Antwort einer Sprecherin. Zugleich legt sie namens des Fonds Wert auf die Feststellung, dass der Opec Fund keinerlei Diskriminierung, Belästigung oder andere Formen von Fehlverhalten dulde: „Opec Fund setzt sich voll und ganz für die Aufrechterhaltung eines sicheren, gerechten und komfortablen Arbeitsumfeldes für alle Mitarbeiter ein, einschließlich Frauen, die fast die Hälfte unserer Belegschaft und mehr als ein Viertel unseres Managements ausmachen.“ Der Fonds sei eine „kulturell vielfältige Organisation, die das Recht aller Mitarbeiter anerkenne, unparteiisch, mit Würde und Respekt behandelt zu werden und in einem Umfeld zu arbeiten, das frei von Vorurteilen und Diskriminierung ist“.

Auf den Vorwurf, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter blieben mit negativen Erfahrungen allein, weil sie sich an niemanden wenden könnten, verweist der Fonds auf seine „soliden, internen Streitbeilegungsverfahren“. Es gebe „klare Richtlinien“ für die Untersuchung von Beschwerden am Arbeitsplatz. Wie viele Beschwerden in den vergangenen Jahren intern abgearbeitet wurden, wird nicht genannt.

Dass Leute schlechtere Jobchancen hätten, wenn sie nicht aus Opec-Mitgliedsländern kommen, lässt man hingegen nicht unwidersprochen. „Die Rekrutierung beim Opec Fund folgt einem transparenten und wettbewerbsorientierten Verfahren, um sicherzustellen, dass die besten Kandidaten für offene Stellen ausgewählt werden.“

Darf man im Opec Fund die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien sanktionslos kritisieren? „Die persönlichen, politischen, religiösen und ideologischen Überzeugungen der Mitarbeiter sind unantastbar. Der Opec Fund unterdrückt Diskussionen nicht, unabhängig davon, ob sie die Mitgliedsländer betreffen oder nicht.“ ■

„BLACK JACK“ ZUM RUBBELN

Wer ein „gutes Blatt“ aufrubbelt, kann bis zu 35.000 Euro gewinnen



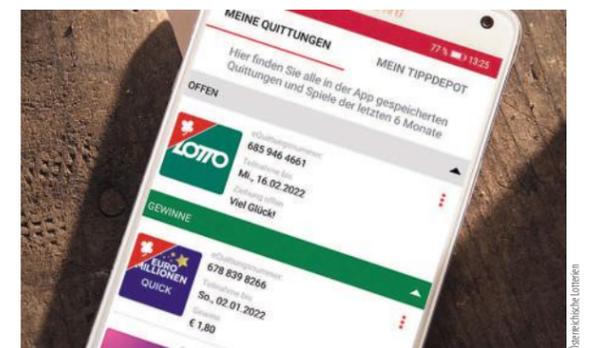
Das „Black Jack“ Rubbellos ermöglicht Gewinne bis zu 35.000 Euro.

Rubbellos sorgt wieder einmal für ein bisschen Casino-Stimmung in den Annahmestellen und hat eines der beliebtesten Kartenspiele des Landes zum Rubbeln auf den Markt gebracht: „Black Jack“ heißt der neue Rubbelspaß, und er funktioniert ähnlich wie das gleichnamige aus dem Casino bekannte Spiel. Auch beim Rubbellos „Black Jack“ geht es darum, ein „gutes Blatt“ zu haben, also gute Karten aufzurubbeln. Es gibt drei Spiele und die Bankkarten.

Hat man in einem der Spiele bessere als die Bankkarten freierubbelt, so hat man gewonnen. Pro Los kann man bis zu zweimal gewinnen, und der Hauptgewinn beträgt 35.000 Euro. Das „Black Jack“ Rubbellos ist in allen Annahmestellen zum Preis von 3 Euro erhältlich. Die Serie besteht aus 1,89 Millionen Losen, die Ausschüttungsquote beträgt 58 Prozent, und die Chance auf einen Gewinn liegt bei 1:2,96.

www.lotterien.at  WERBUNG

SCHON ZWEI MILLIONEN-GEWINNE PER LOTTERIEN APP



Einfach praktisch – die Lotterien App

Neuerlich ein toller Erfolg für die Lotterien App: Noch spät abends am Mittwoch der Vorwoche versuchte ein Lotto Fan sein Glück mit dem Handy, um ja nichts zu verpassen. Immerhin war ein Vierfachjackpot eingetreten, und die Aussicht auf 4 Millionen Euro ließ ihn einige Quicktips über die Lotterien App abgeben. Am Sonntagabend machte sich das schnelle Handeln bezahlt: Er hatte einen der beiden Sechser erzielt und 2,2 Millionen Euro gewonnen.

Es war der zweite Lotto Sechser, der per App erzielt wurde, nachdem es einem Niederösterreicher im Vorjahr

gelingen war, auf diese Weise einen Sechser und damit einen Gewinn von mehr als 5 Millionen Euro zu erzielen. Die Lotterien App richtet sich an alle Technikaffinen, die eine einfache und innovative Art des Spielens bevorzugen. Mobil gespielt werden können Lotto, LottoPlus, Joker und EuroMillionen.

Das Aufladen der integrierten Börse ist in allen Annahmestellen möglich, wo man auch Prepaid-Guthaben in Form eines EuroBons erhält. Ist die Glücksbörse einmal in der Annahmestelle aktiviert, ist auch das Aufladen mit Kreditkarte möglich.



GLÜCKLICHER GASTGEBER
ÖVP-Außenminister Schallenberg mit Abdulhamid Alkhalifa (2019)



HOHE AUSZEICHNUNG
Der damalige Opec-Fund-General Al-Herbish mit Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Ehrenzeichen (2015)